

Avanti O.

Beilagen:
Klimakatastrophe oder Sozialismus
Termine zum Internationalen
Frauenkampftag

ISO Oberhausen & FreundInnen



Foto: Andrea-Cora Walther.

Demo von Schüler*innen am „Friday for Future“ in Oberhausen, 8. Februar 2019.

„Handelt endlich – damit wir eine Zukunft haben!“

RALF HOFFMANN

Nicht erst seit dem katastrophalen Ergebnis der so genannten Kohlekommission demonstriert auch in Deutschland eine zunehmende Anzahl von Schüler*innen freitags für eine gerechtere Welt und für die Einhaltung des Minimums des Pariser Klimaschutzabkommens, die Erderwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen.

Anfangs waren es bundesweit nur einige hundert Schüler*innen, die nach dem Vorbild der 16-jährigen schwedischen Klimaaktivistin Greta Thunberg am Freitag auf die Straße statt in die Schule gingen. Jetzt sind es bereits 20 oder 30.000, die sich in Deutschland an dieser Bewegung beteiligen. Und es werden immer mehr.

Sie haben verstanden, was es für die Menschheit bedeutet, wenn niemand sich ernsthaft darum bemüht, die drohende Klimakatastrophe abzuwenden: „... Und warum sollte ich für eine Zukunft studieren, die bald nicht mehr möglich ist, wenn niemand etwas unternimmt, um diese Zukunft zu retten?“

„...Unsere Zivilisation wird geopfert für die Möglichkeit einer kleinen Anzahl von Menschen weiterhin enorme Mengen von Geld anzuhäufen. ...Wir müssen die fossilen Energien im Boden lassen und uns auf Gerechtigkeit konzentrieren. Wenn die Lösungen innerhalb des Systems unmöglich sind, müssen wir vielleicht das System wechseln...“

Die Reaktionen der Klimawandelleugner*innen auf die Streik- und Protestaktionen der Schüler*innen waren erwartbar. Viele glauben, selbst von der Ausbeutung und Zerstörung der Natur zu

profitieren. Doch bemerkenswert ist das Gift-und-Galle-Spucken auch bürgerlicher Medien. Der Protest, ausgelöst durch eine junge schwedische Klimaaktivistin, hat offenbar einen Nerv getroffen.

Und so ließen die Drohungen gegen Schüler*innen auch nicht lange auf sich warten: Eintragung von Fehlstunden in Zeugnissen, Androhung von Zwangsgeldern gegen Erziehungsberechtigte... Bisher hat all dies aber nicht zu dem gewünschten Erfolg geführt.

In Deutschland engagieren sich Alt und Jung in Bewegungen für einen wirksamen Klimaschutz: Der Ausstieg aus der Braunkohle und nachhaltige Verkehrskonzepte stehen hier ganz oben auf der Tagesordnung. Dafür wäre der Erhalt der Reste des Hambacher Waldes ein starkes Symbol.

Es ist erfreulich, dass nun auch so junge Menschen selbst organisiert und vorneweg bei der Klimaschutzbewegung mit dabei sind.

Wir wünschen ihnen und uns gemeinsam viel Kraft, Durchhaltevermögen und Erfolg. The Kids Are All Right!

System Change!
Not Climate Change!

Liebe Leser*innen,

seit der letzten Ausgabe sind wir nicht untätig gewesen. Unter anderem haben wir unsere Website neu gestaltet. Wir hoffen, dass sie Euch gefällt.

Die Unzufriedenheit mit neoliberaler und EU-Politik haben neue Formen des Widerstands hervorgerufen. Nicht nur „Gelbe Westen“ (S. 6 + 7), auch unsere Kinder sind unzufrieden mit unseren kapitalhörigen Regierungen („Kohlekonsens“, S. 2 / Scherz, Satire ..., S. 3) – und mit unserer Untätigkeit, z.B. beim Klimaschutz (Fridays for Future, S. 1).

Ein Missstand, welchem alle hier Lebenden früher oder später ausgesetzt sein werden, ist der Gesundheitssektor als „Gelddruckmaschine“ für Anleger. Der „Olympische Brief“ steuert dagegen. (S. 4). Und auch der Film „Der marktgerechte Patient“ (S. 12).

Dort und auch beim Mobbing von Betriebsräten sind die Gewerkschaft-

ten gefordert, auch wenn wir sie zuweilen zum Jagen tragen müssen (S. 5).

Das schöne Wort „Frieden“ gibt es mittlerweile fast nur mehr in militärisch-wirtschaftlichen Zusammenhängen, z.B. als „Friedenssicherung“ (Siko, S. 7).

Da darf – auch in 2019 – Karl Marx Zweihundertster nicht fehlen. Hat er doch wie kaum einer Gewalt und Ausbeutung als Prinzip unserer Wirtschaft beschrieben (S. 8 + 9).

Weil aber dies Alles sehr vom Manne beeinflusst ist, die Welt also nicht so ist wie sie sein sollte, ist auch Armut im Alter typisch weiblich. Nicht nur, aber auch dagegen: Frauen*streik! (S. 10 + 11).

Eine anregende Lektüre wünscht Euch

Eure Redaktion

TITEL	INHALT	KRIEG UND FRIEDEN
01 Fridays for Future Schüler*innen wollen Zukunft	07 „Sicherheitskonferenz“ Aufruf zu den Protesten gegen die SiKo	MARX 200
02 „Kohlekommission“ Kein Konsens!	08 Mehrwert Verschleierte Ausbeutung	
	09 Kapitalismus Krise oder Zusammenbruch	FEMINISMUS
03 Scherz, Satire Feinstaub und anderer Blödsinn	10 Altersarmut ist weiblich Die Broschüre zur Ausstellung	
	11 Frauen*streik 2019 Nicht arbeiten – raus auf die Straße!	TERMINE
	12 Film „Der marktgerechte Patient“	
04 Gute Pflege statt Rendite „Olympischer Brief“ macht Druck	12 Termine	
05 BR-Mobbing Dokumentation erschienen		
06 Aufstand der „Gelbwesten“ Interview mit Bernard Schmid		

Kohleausstieg – zu spät und außerdem ungewiss

Die Empfehlungen der sogenannten Kohlekommission werden in der medialen Öffentlichkeit als Konsens dargestellt. Dies bezieht sich allerdings nur auf das Abstimmungsergebnis, das lediglich eine Gegenstimme enthielt. Die Vertreter*innen der Umweltorganisationen und der Initiativen werden diesen Empfehlungen allerdings nur mit großen Bauchschmerzen zugestimmt haben.

HELMUT BORN

Dafür gibt es auch jede Menge Gründe. Nicht nur, dass es jeweils immer wieder Überprüfungen geben soll, sondern die Stilllegungen der Kraftwerke sollen auch im Konsens mit den jeweiligen Betreibern erfolgen. Dafür sollen die Konzerne auch noch massiv entschädigt werden. Es ist von 600 Millionen Euro pro Gigawatt Kraftwerksleistung die Rede, ganz gleich, ob ein Kraftwerk schon 5, 10, 20, 30 oder eventuell noch mehr Jahre Strom produziert hat. Wir halten diese Zahlungen an die Stromkonzerne für vollkommen überhöht und sind der Meinung, dass für längst abgeschriebene Kraftwerke keine Zahlungen geleistet werden sollen.

Positiv ist, dass es einen konkreten Plan für einen Kohleausstieg gibt. Der Zeitplan ist allerdings wenig ambitioniert und ist für die Erreichung des Ziels, die Erderwärmung auf + 1,5 Grad zu beschränken, nicht geeignet. Dafür hätte es eines Zeitplans bedurft, der 2020 mit den Stilllegungen der dreckigsten Kraftwerke beginnt und 2030 mit der Schließung des letzten endet. Aber dazu konnte sich die Kommission nicht durchringen. So ist im Wesentlichen der Zeitplan, der durch Pofalla schon im September an die Öffentlichkeit gelangte, verabschiedet worden.

Besonders vakant sind die Formulierungen zum Erhalt des

Hambacher Waldes und zu den vom Abriss bedrohten Orten im Rheinischen Revier und in der Lausitz. Sie sind alles andere als eine eindeutige Stellungnahme für den Erhalt, sondern nur eine Bitte an die Verantwortlichen in Politik und Konzernen. Wie RWE mit dieser Bitte umgeht, erfahren die Bewohner*innen hautnah kurz nach Veröffentlichung der Ergebnisse der Kommission, indem einfach weitere Fakten geschaffen werden. Deswegen gilt es weiterhin für den Erhalt des Hambacher Waldes und der Dörfer zu kämpfen. Auf die jeweiligen Landesregierungen kann dabei leider nicht gehofft werden, sie haben sich als treue Verbündete der Konzerne schon in der Vergangenheit diskreditiert.

Die große Frage bleibt: Was wird aus den Beschäftigten? RWE hat einen massiven Stellenabbau bis 2023 angekündigt. Wir fordern die Einrichtung einer Übernahmegesellschaft, die alle Beschäftigten, die nicht in den Ruhestand gehen, mit allen Rechten übernimmt. Das bedeutet, dass niemand entlassen und niemand arbeitslos wird. Außerdem sollten IG BCE und ver.di sich für eine massive Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden, bei vollem Lohnausgleich, einsetzen. So kann der Arbeitsplatzabbau weiter gestreckt werden. Wir sagen nicht nur, es darf niemand ins Bergfreie

fallen, sondern wir fordern den Erhalt der Einkommen bis zum Bezug der Altersrente oder bis ein neuer Arbeitsplatz gefunden wurde. So wird es auch gelingen, die Beschäftigten für den Strukturwandel zu gewinnen und ihnen eine Perspektive zu bieten.

Für den Strukturwandel gibt es für die einzelnen Regionen verschiedene Gutachten und Vorschläge. Wir setzen uns für eine breite Beteiligung der Beschäftigten und der ansässigen Bevölkerung ein. Ein Strukturwandel wie im Ruhrgebiet, der den Konzernen und der Politik überlassen wird, ist wenig erfolgversprechend. Zumal ein Strukturwandel heute unter ganz anderen Voraussetzungen ablaufen wird. Es gilt eine CO₂-freie Wirtschaft zu entwickeln und aufzubauen. Dabei sollte auch mehr auf die Gründung von öffentlichen Gesellschaften oder Genossenschaften gesetzt werden,

da bei ihnen nicht das Profitstreben an erster Stelle steht. Deswegen finden wir den Vorschlag von Greenpeace Energie für das Rheinische Revier auch sehr gut, der vorsieht alle Beschäftigten und Kraftwerke zu übernehmen, um danach dort erneuerbare Energie, durch Wind und Sonne, zu gewinnen.

Der Kampf gegen den Klimawandel wird nur erfolgreich sein, wenn wir uns weiterhin einmischen. Es wäre gut, wenn die Gewerkschaften sich für den Erhalt der Lebensgrundlagen auf diesem Planeten einsetzen würden. Es gilt nach wie vor:

Auf einem toten Planeten gibt es keine Arbeitsplätze

*Helmut Born ist Mitglied des verdi-Landesbezirksvorstandes NRW und der Initiative „Gewerkschafter*innen für Klimaschutz.“* ■

Scherz, Satire, Feinstaub und höherer Blödsinn

Jetzt also der gute alte Feinstaub. Nachdem in vielen Städten auf großen Straßen Feinstaubmesscontainer installiert wurden, konnte der Feinstaub quasi auch als Alleinproblem behandelt werden. Durch unmaßgebliche ärztliche Meinung mit maßgeblicher Hilfe durch die Autolobby wurde nun ein „Gutachtenoid“ unters Volk gejubelt.

ERNST KOCHANOWSKI

Was sehen wir also?

Man nehme ein Problem, teile davon eine Komponente ab, baue diese zu einer „maßgeblichen“ Größe mit Alleinstellungsmerkmal auf und lasse dieses Problem durch Fachleute relativieren oder lächerlich machen. Und das Problem ist weg.

Dass in dem Fall Feinstaub ein Fachmann zwar Fachmann ist für Verbrennungsmotoren und lange bei Daimler war, die anderen zwar Lungenärzte, aber keine Wissenschaftler sind, war wohl wurscht. Auch, dass dieses obskure, um nicht zu sagen korrupte Gefälligkeitswerk von 97 % aller angeschriebenen Fachärzte nicht unterschrieben wurde, hat für den Verkehrsminister Andreas Scheuer keine erkennbare Bedeutung. Im Gegenteil, er will gleich die Grenzwerte von Feinstaub, Stickoxiden und Einschränkungen des Autoverkehrs neu debattieren.

Letzteres ist allerdings tatsächlich notwendig. Jedenfalls das sogenannte Dieselfahrverbot oder andere Maßnahmen wie Kraftstoffpreise. Beides trifft, wie praktisch, Leute mit wenig Geld und noch weniger Einfluss am heftigsten. Großverbrauchslimousinenfahrende und SUVverliebte Protzerinnen und (häufiger) Protzer dürfen mit der richtigen Plakette weiterhin unsere Städte plattfahren. Auch wenn hinten ein Vielfaches an CO₂, NO₂, Gestank und Feinstaub als bei einem Dieselveteran rauskommt. Die Vielen, welche zur Malochie und nicht freiwillig zu auch fernen Arbeitsplätzen unterwegs sein müssen, sollen dafür auch noch mit Steuer-, Neukauf- oder Stilllegungszwang bestraft werden. Wer das Geld nicht hat, muss halt draußen bleiben. Oder verschuldet sich, protzt mit und hält den ganzen Wahnsinn „Keiner kommt hier lebend raus“ mit am Laufen.

Jahrzehntelang wurden unsere Städte – nicht für Menschen, sondern für die Autoindustrie – „autogerecht“ ausgebaut. Noch in unseren Tagen wird auf Dauerstau mit noch mehr Fahrspuren, noch gigantischeren Autobahnkreuzen als Heilmittel gesetzt.

Tatsächlich wissenschaftliche Analysen ergaben zwar, dass mehr Fahrbahnen und mehr Straßenflächen auch mehr Autos anziehen, aber dies wird nur dahingehend berücksichtigt, dass mehr Autos gut für die Autobranche sind.

In diese Richtung denken die so Planenden selbstverständlich auch, wenn es zum Beispiel um den Schienenverkehr geht. Nicht

von ungefähr holte man die Meister für Verspätung und Zugausfall, die DB Chefs, von Daimler. Was auch immer noch grandios funktioniert. Die berühmten weißen Balken auf den Zuganzeigern in unseren Bahnhöfen beweisen es. Der mittlerweile berüchtigte Herr Mehdorn etwa wurde sogar einem profunden und engagierten Spezialisten, nämlich dem Bahnchef der Schweizer Bundesbahn, vorgezogen. In der Schweiz hat dieser den Ausbau des ÖPNV vorangetrieben. Heute gibt es dort flächendeckend einen Bahn- und Buskontakt in fast jedes Dorf von unter einer Stunde. Selbst in der „Metropole Ruhr“ ein ewiger Traum.

Denn die Realität ist hier AUTO! Und der Mensch bleibt im wahrsten Sinne des Wortes auf der Strecke. ■

Kleiner Nachtrag zur Deutschen Bahn:

„Verehrte Fahrgäste! Leider werden folgende Züge bis auf weiteres mit möglicherweise großen Verspätungen verkehren bzw. ausfallen.“

.....
Solche oder ähnliche Durchsagen werden Reisende zwischen Niedersachsen und dem Osten der Republik dieses Jahr wohl noch oft hören. Warum?

Die Bundeswehr und die Deutsche Bahn, das neue Dreamteam, haben einen 100-Millionen-Vertrag abgeschlossen. Seit dem 1. Januar 2019 rollen täglich ein Jahr lang zwei Güterzüge ins Baltikum, um Menschen und Material an die Grenzen Russlands zu transportieren. In diesem Vertrag wurde nicht nur den heißen Kriegern ein Vorrang vor allem zivilen Verkehr eingeräumt, er wurde auch unterzeichnet, lange bevor die Kündigung des Atomwaffenvertrags INF bekannt wurde. Und schon kann, dank der hellseherischen Frau von der Leyen, dem Putin als Antwort der „freien Welt“ eine Armee vor die Nase gesetzt werden. Was für eine Bande!

Nähere Informationen zu dieser Vereinbarung findet ihr in einem Artikel von Claudia Haydt unter www.imi-online.de, und auch hier in der SoZ:

www.sozonline.de/2019/02/bahn-frei-fuer-die-bundeswehr/

Gegen die Profitorientierung im Gesundheitswesen „Olympischer Brief“ prangert Missstände in den Kliniken an

O. T./C. P.

Am 10. Januar 2019 ist die bundesweite Aktion „Olympischer Brief“ in Kiel gestartet. Mit ihr soll einmal mehr Druck erzeugt werden für ein an den Bedürfnissen der Menschen orientiertes Gesundheitssystem. Von Kiel aus wird die 40 Meter lange Schriftrolle mit dem Brief und möglichst vielen Unterschriften in einem Stafettenlauf quer durch Deutschland transportiert.

Die breit angelegte Aktion soll auf die schlimme Situation im Gesundheitswesen aufmerksam machen und vor allem die betroffenen Beschäftigten in den Krankenhäusern einbeziehen.

Auch über die Stationen von Kliniken in Oberhausen und Essen wird der Brief wandern. Die entsprechenden Termine werden noch bekannt gegeben.

Am 5. Juni 2019 wird der Brief mit einem zentralen Demonstrationszug in Leipzig der dort tagenden Konferenz der Ge-

sundheitsminister*innen übergeben werden.

Bitte verbreitet den Text des Olympischen Briefes weiter, damit möglichst Viele ihn schon kennen, wenn das Original im Ruhrgebiet eintrifft. Ihr findet ihn u.a. im Kasten unten und auf unserer Website.

Unterstützt diese Aktion!

Weitere Infos: siehe www.facebook.com/olympic.letter/ ■

Darf die Daseinsvorsorge Gesundheitsversorgung den Marktgesetzen ausgeliefert werden?

Mit diesem Thema beschäftigt sich der Film

„Der marktgerechte Patient“.

Siehe hierzu den Veranstaltungshinweis auf Seite 12.

Der „Olympische Brief“

An

Die Gesundheitsminister*innenkonferenz,
den Bundesminister für Gesundheit,
die Gesundheitsminister*innen und -senator*innen der Länder,

wir schreiben Ihnen aus dem ganzen Bundesgebiet, aus öffentlichen, privaten, freigemeinnützigen und kirchlichen Krankenhäusern. Wir sind Pflegekräfte, Ärzt*innen, Hebammen, Reinigungskräfte, Physio- und Ergotherapeut*innen, Logopäd*innen, MT-R-L-F-As, Service-, Verwaltungs- und Technikangestellte.

Wir haben es satt, ausgenutzt und verheizt zu werden!

Die Bedingungen, unter denen wir arbeiten machen krank – und gefährden die Patient*innen. Burnout, Depressionen und chronische Rückenschmerzen nehmen zu. Stress und Überlastung sind der unerträgliche Normalzustand. Viele von uns sind unterbezahlt und prekär beschäftigt. Und wir sind viel zu Wenige. An uns wird gespart, und es wird sich an uns bereichert. Patient*innen werden blutig entlassen und Angehörige sind gezwungen den Pflegenotstand selbst abzufedern. Das macht uns wütend und wir nehmen es nicht länger hin!

Seit der Einführung der Fallpauschalen agieren Krankenhäuser wie Konzerne im Konkurrenzkampf. Patient*innen und Beschäftigte werden den Zwängen von Kostendruck und Profitmaximierung untergeordnet. Ihr Leben, ihre Bedürfnisse und Sorgen, selbst ihre Schmerzen spielen keine Rolle. Im durchökonomisierten Krankenhausbetrieb sind Gewinn und Verlust, schwarze und rote Zahlen die einzigen, unerbittlichen Taktgeber.

Dieses System ist politisch gewollt und Sie, Minister*innen, stehen dafür in der Verantwortung.

Die Personaluntergrenzen, mit denen Sie vorgeben zu handeln,

ändern daran nichts. Sie bescheinigen sogar $\frac{3}{4}$ der Krankenhäuser, zu viel Personal zu haben und ermöglichen weiteren Stellenabbau. Die Menschen müssen entsprechend ihres Bedarfs versorgt werden und nicht entlang eines Minimums.

Die Herausnahme der Pflegepersonalkosten aus den Fallpauschalen und die Finanzierung jeder neu eingestellten Pflegekraft durch die Krankenkassen war ein richtiger Schritt in diese Richtung. Ihm muss jetzt die Einführung einer bedarfsorientierten Personalbemessung folgen und kein billiger Trick, der den alten Zustand wieder herstellt, etwa mit Pflegepauschalen.

Wir fordern eine echte Personalbemessung am Bedarf!

Schreiben Sie das gesetzlich fest! Führen Sie die verbindliche Bedarfsermittlung auf Basis einer aktualisierten Pflegepersonalregelung (PPR) und verlässliche Personalbemessungen für alle Berufsgruppen in den Kliniken ein. Stellen Sie die Finanzierung aller Personalkosten nach krankenhausindividuellem Bedarf dauerhaft sicher. Gewährleisten Sie nachhaltige Investitionsförderung durch die Länder. Schaffen Sie die Fallpauschalen als Abrechnungssystem ab!

Garantieren Sie damit gute Arbeitsbedingungen und bedarfsgerechte Versorgung in jeder Schicht. Dann – und nur dann – werden viele Teilzeitkräfte wieder aufstocken, Berufsausstieger*innen zurückkehren und junge Menschen werden sich wieder für den Pflegeberuf entscheiden.

Krankenhausbeschäftigte, Patient*innen und Angehörige aus ganz Deutschland stehen hinter diesen Forderungen und mit ihnen die überwältigende Mehrheit der Menschen in diesem Land. Denn alle wissen, dass es sie selbst oder Angehörige treffen kann und wird. Wir alle brauchen eine gute und sichere Versorgung im Krankenhaus. Wir haben ein Recht darauf! Gemeinsam mit über 20 Bündnissen aus dem gesamten Bundesgebiet fordern wir es ein.

Handeln Sie. Jetzt!

Mehr von uns ist besser für alle! ■

BR-Mobbing stoppen!

Dokumentation der 5. Konferenz „Betriebsräte im Visier“

S. T.

Am 13. Oktober 2018 hat die 5. bundesweite Konferenz „Betriebsräte im Visier“ im Mannheimer Gewerkschaftshaus stattgefunden. Jetzt ist die Dokumentation dieser Tagung fertiggestellt worden.

Einerseits werden positive Handlungsbeispiele gegen Betriebsratsmobbing beschrieben. Gleichzeitig gibt es aber auch meist sehr schockierende Berichte über verschiedene aktuelle Fälle von Angriffen auf Betriebs- und Personalräte.

Diese ausführlichen Darstellungen machen deutlich, wie mit „Verdachtskündigungen“, mit Bespitzelung und Zersetzung des beruflichen und privaten Umfeldes gegen aktive Mitglieder von Interessenvertretungen und gegen GewerkschafterInnen vorgegangen wird.

Depressionen und Selbsttötungsversuche

Aufgrund des Mobbings kommt es bei Betroffenen nicht selten zu schweren depressiven Erkrankungen und zu Selbsttötungsversuchen. Mit diesen unerträglichen Folgen befasst sich der Konferenz-Beitrag von Dr. med. Gerhard Bort. Er ist als Medizinaldirektor für das Regierungspräsidium in Stuttgart tätig. Sein Vortrag behandelt vor allem die gesundheitlichen Fragen um das Thema BR-Mobbing. Er beschreibt die Auswirkungen auf die Betroffenen aus medizinischer, rechtlicher und sozialer Sicht. Zudem zeigt er Reaktions- und Lösungsversuche auf.

Gewerkschaftliche Ansätze

Der Beitrag von Isaf Gün vom IG Metall-Vorstand in Frankfurt thematisiert neu entwickelte Ansätze zur koordinierten Bekämpfung von Betriebsrats-Mobbing und „Union Busting“.

Unter der Überschrift „Gewerkschaftliche Gegenwehr – Vom Beschluss zur Praxis?“ werden verschiedene Maßnahmen gegen das BR-Mobbing vorgeschlagen. Diese reichen von gezielter Weiterbildung in Form von Seminaren über psychologische Betreuung durch Mobbingberatungsstellen bis hin zur Installation einer „Task Force“. Das ist eine schnelle Eingreiftruppe, die zur wirksamen Unterstützung Betroffener eingesetzt werden soll.

Dieses Maßnahmenbündel soll durch ei-

ne verbesserte Öffentlichkeitsarbeit unterstützt werden, um den Mobbern und Gewerkschaftsfeinden das Handwerk legen zu können.

Konsequenzen gefordert

Eine von den Konferenz-TeilnehmerInnen verabschiedete EntschlieÙung stellt die konsequente Bekämpfung des BR-Mobbing als absolut notwendig heraus. Sie betont in diesem Zusammenhang den Skandal, dass von Politik, Justiz und Medien diese fortgesetzte Verletzung von Grund- und Menschenrechten immer noch weitgehend ignoriert wird.

Es sei vor allem die Aufgabe der Gewerkschaften, gegen diesen Skandal vorzugehen. Nach der IG Metall und ver.di habe nun auch der DGB entsprechende Beschlüsse zum Kampf gegen BR-Mobbing gefasst. Aber es gebe noch viel Raum für deren Umsetzung und für das Engagement anderer Gewerkschaften.

Praktische Hilfestellungen

Die Dokumentation ist vor allem als praktisch verwendbares Informationsmaterial gedacht. Die verschiedenen Tex-

te zeigen nicht nur Handlungs- und Verhaltensmöglichkeiten auf, sondern sie können vor allem auch Mut machen. Das hilft bei der notwendigen Auseinandersetzung mit den BR-Mobbern.

Die Broschüre sollte unbedingt von Betriebs- und Personalräten sowie GewerkschafterInnen genutzt werden. Die Lektüre ist allen Aktiven dringend zu empfehlen.

Die positive Botschaft der Dokumentation lautet: „Widerstand ist machbar! Die Unterstützung muss aber organisiert werden, denn allein machen sie Dich ein!“

Zum Schluss darf auch nicht der Hinweis auf den 19. Oktober 2019 fehlen. Dann wird nämlich in Mannheim die 6. bundesweite Konferenz „Betriebsräte im Visier“ stattfinden. ■

Tipp:

Die Dokumentation der 5. Konferenz „Betriebsräte im Visier“ kann beim Komitee „Solidarität gegen BR-Mobbing!“ bestellt werden.

Email:

solidaritaet@gegen-br-mobbing.de



5. Konferenz „Betriebsräte im Visier“ in Mannheim, 13. Oktober 2018.

Foto:helmut-roos@web.de.

Aufstand der „Gelbwesten“

Interview mit Bernard Schmid

Seit November 2018 haben sich hunderttausende „Gelbwesten“ in Frankreich an Demonstrationen und Blockaden beteiligt. Über die Hintergründe dieser Rebellion sprach die *Avanti!* mit Bernard Schmid (Paris). Er hat die Proteste von Anfang an mit kritischer Solidarität begleitet.

Auslöser der Bewegung war die angekündigte Erhöhung der Kraftstoffsteuern aus „ökologischen“ Gründen. Was sind die Ursachen des massenhaften Zorns?

Die ökologischen Motive waren im Regierungshandeln lediglich vorgeschoben. Weniger als eine der geplanten vier Milliarden an zusätzlichen Staatseinnahmen durch die Spritsteuererhöhung wurden für den „ökologischen Umbau“ ausgewiesen. In Wirklichkeit handelt es sich schlicht um die Einführung einer zusätzlichen Verbrauchsbesteuerung, also die Erhöhung einer indirekten Steuer, die sich nicht nach dem Einkommen richtet. Zugleich baut die Regierung unter Emmanuel Macron und seinem Premierminister Edouard Philippe seit ihrem Amtsantritt im Mai 2017 einkommensprogressive Steuern und Sozialabgaben von Unternehmen ab. Die dadurch ausfallenden Staatseinnahmen legte sie dafür auf einkommensneutrale Kopfsteuern um – insbesondere die „Allgemeine Sozialabgabe“ CSG. Diese Fiskalpolitik wird aus guten Gründen als ausgesprochen unsozial bewertet.

Welche Forderungen stehen jetzt im Vordergrund?

Die Bewegung ist uneinheitlich, aber am stärksten und relativ strömungsübergreifend verbreitet sind folgende Forderungen:

- Rücktritt von Präsident Macron
- Einführung von Bürgerbegehren, also von Volksabstimmungen, die durch eine von 700.000 Unterschriften unterstützte Initiative legitimiert sind (RIC oder *référéndum d'initiative citoyenne*)
- Wiedereinführung der 2017 durch Macron abgeschafften Vermögenssteuer ISF (*impôt de solidarité sur la fortune*).

Wie organisiert sich die Bewegung?

Das hängt von den örtlichen Gegebenheiten ab. Zunächst, vor Beginn der eigentlichen Proteste am 17. November 2018, tauschten die Leute sich über Wochen hinweg über Facebook und YouTube aus. Erst danach trafen die Betroffenen sich außerhalb des virtuellen Raums. Zumeist jedoch, vor allem in kleinen und mittleren Städten, zunächst an über Wochen hinweg besetzten Verkehrsnotenpunkten (wie Autobahnzubringern, Verkehrskreiseln ...). Seit der Weihnachtspause hat die Zahl solcher besetzten Örtlichkeiten jedoch abgenommen. Mancherorts stellen allerdings Kommunen oder auch Privatleute Gelände zur Verfügung. Ansonsten treffen sich die Menschen seit Anfang Januar 2019 überwiegend bei den samstäglichen Demonstrationen. In einigen Städten finden jedoch auch zusätzlich organisierte Treffen in angemieteten Räumen statt.

Warum konnten Macron und seine Regierung – trotz massiver Repression und taktischer Zugeständnisse – bisher nicht die Kritik „von unten“ zum Schweigen bringen?

Weil sich ein viel tiefer sitzender Unmut hier Bahn bricht. In den kleineren Kommunen etwa resultiert der Zorn aus der seit Jahren stattfindenden Zerstörung von Arbeitsplätzen und des Abbaus von Postämtern, Bahnhöfen, Krankenhäusern oder Geburtsstationen. In den Kleinstädten ist diese Bewegung, gemessen an der Einwohne-

rInnenzahl, überdurchschnittlich stark. Hinzu kommt, dass gewerkschaftliche Bewegungen in den letzten Jahren mit schweren Niederlagen endeten (Proteste gegen die Arbeitsrechtsnovelle 2016 und 2017 oder gegen die „Bahnreform“ 2018). Mit der Bewegung der „Gelbwesten“ hat die weiterhin schwelende soziale Unzufriedenheit und Wut nun einen Kristallisationspunkt gefunden.

Die meisten Gewerkschaften und viele Linke sind zunächst auf Distanz zu den „Gelbwesten“ gegangen. Weshalb?

Einmal aufgrund der Präsenz der extremen Rechten, die von Anfang an versucht hat, Einfluss zu nehmen. Zum Zweiten reagieren Gewerkschaftsapparate oftmals skeptisch auf Bewegungen, die außerhalb des Einflusses ihrer Organisationen entstehen.

Hat sich an dieser abwartenden Haltung mittlerweile etwas geändert?

Ja, allerdings. Auf der „unteren“ und „mittleren“ Ebene nimmt etwa die CGT an den Protesten teil. Dies gilt eher für Westfrank-



Hast Du 68 vergessen? 2018 wirst Du nicht vergessen! Paris – 19. Januar 2019.

reich (Rennes, Nantes, Toulouse), in Ostfrankreich ist das Gewicht der extremen Rechten in den sozialen Unterklassen stärker. Die CGT-Spitze wiederum versuchte, den Unmut und Zorn über eigene „Aktionstage“ außerhalb des „Gelbwesten“-Zusammenhangs aufzufangen – mit geringem Erfolg. Später rief sie – eher pro forma – für den 5. Februar 2019 zum Streik auf. Doch dann griffen Teile der „Gelbwesten“-Bewegung, und mittlerweile auch Sprecher der Linken (Jean-Luc Mélenchon von *La France insoumise*, Olivier Besancenot vom *Nouveau parti anticapitaliste*) diese Initiative auf und riefen ihrerseits für dasselbe Datum zum massiven Streik auf.

Welche Perspektiven haben die „Gelbwesten“ für die kommenden Wochen und Monate?

Das ist eine gute Frage ... Zum Zeitpunkt dieses Interviews dauert die Protestbewegung bereits erheblich länger als vielfach vorausgesagt oder erwartet worden war. Wichtig könnte das oben

erwähnte Datum 5. Februar werden. Auf jeden Fall wird diese Bewegung Spuren hinterlassen. Viele Personen haben mit ihr zum ersten Mal in ihrem Leben an einer Protestbewegung aktiv teilgenommen. Viele Beteiligte wird man auch danach in Bürgerinitiativen, Demonstrationsbündnissen oder anderswo antreffen. Ein Teil wird sich auf der Linken, ein Teil aber auch weit rechts politisieren. Bereits zum jetzigen Zeitpunkt gibt es Versuche, eine Wahlliste unter dem Label „Gelbe Westen“ zur Europawahl am 26. Mai 2019 antreten zu lassen. Dieses Anliegen wird jedoch vor allem aus dem Establishment heraus gepuscht. Es geht nicht von der Basis aus. Das Macron-Lager erhofft sich davon eine Schwächung von Marine Le Pen auf der (extremen) Rechten und von Mélenchon auf der Linken.

[Die Fragen stellte W.A., 27.01.2019.] ■

Aufruf zu Protesten gegen die NATO – „Sicherheits“-Konferenz

FRIEDEN STATT AUFRÜSTUNG! NEIN ZUM KRIEG!

Aus dem Flugblatttext:

Vom 15.-17. Februar 2019 findet in München die „Sicherheitskonferenz“ (SIKO) statt. Es treffen sich Staats- und Regierungschefs mit Vertreter*innen aus Militär, Wirtschaft und Rüstungsindustrie, vorwiegend aus NATO-Staaten, um „einen Beitrag zur internationalen Sicherheit“ zu leisten. Tatsächlich geht es darum, uns Kriegseinsätze als „humanitäre Interventionen“ zu verkaufen.

Hätten alle Menschen genug zu essen, ein Dach über dem Kopf, Zugang zu ärztlicher Versorgung, Bildung und existenzsichernder Arbeit, wäre das ein Beitrag zur Bekämpfung von Terrorismus und Fluchtursachen. Aber um soziale Sicherheit, um Sicherheit für uns alle geht es den NATO-Strategen nicht. Stattdessen wollen sie die Vormachtstellung des kapitalistischen Wirtschaftssystem mit militärischer Stärke sichern. Dafür erhöhen sie die Militärausgaben und ihr Atomwaffenarsenal.

2017 entfielen zwei Drittel der weltweiten Rüstungsausgaben von 1739 Milliarden Dollar auf die NATO und mit ihnen kooperierende Staaten.

Kurdistan, Jemen, Mali, Irak, Syrien... . Die Liste der Länder, in denen NATO-Staaten Kriege führen ist lang. Mit ihren Militäreinsätzen stützen sie Regime und sichern die Profite großer Konzerne. Durch diese Kriege werden hunderttausende Menschen getötet und Lebensgrundlagen zerstört. Wenn wir uns zusammen tun, haben wir die Kraft, diese Kriege zu verhindern. Vor hundert Jahren hat die Weigerung der Kieler Matrosen, ihr Leben für Kaiser und Kapital zu geben, das Ende des ersten Weltkrieges eingeleitet. Heute weigern wir uns:

Wir wollen kein Wettrüsten und keine Kriege. Was wir erarbeiten, soll nicht in Rüstung und Militär fließen, sondern in ein besseres Leben für uns alle.

Statt eines militärischen Bündnisses, brauchen wir eine globale Protestbewegung, die die Regierenden zu Abrüstung, Rüstungskontrollen und zur Einhaltung der Charta der Vereinten Nationen zwingt.

Welche Rolle spielt dabei die Bundesrepublik?

Aktuell ist die Bundeswehr an 14 Auslandseinsätzen beteiligt. Zudem ist Deutschland die Drehscheibe für den völkerrechtswidrigen Drohnenkrieg der USA.

Die Bundesregierung will die Militärausgaben bis 2024 auf über 80 Milliarden EURO verdoppeln. Das wären 20% des Bundeshaushalts.

Diese Milliarden sollten in Arbeitslosenhilfe, bezahlbare Wohnungen oder in das Bildungs- und Gesundheitswesen fließen.

Die Bundesregierung boykottiert ein Verbot aller Atomwaffen. Zwei Drittel der UN-Mitgliedsstaaten haben einen Atomwaffenverbotsantrag beschlossen. Das wollen auch 90% der Bevölkerung in Deutschland. Aber die Bundesregierung hält an der Stationierung von Atomwaffen fest und weigert sich, dem Verbotsvertrag beizutreten.

Dabei droht ein neues atomares Wettrüsten: Die US-Regierung kündigte den INF-Vertrag. Dieser Vertrag verbietet die Entwicklung und den Besitz von landgestützten Nuklearraketen mit kurzer und mittlerer Reichweite. Mit einem Ausstieg wird sich die Gefahr eines Atomkrieges erhöhen.

Deutsche Rüstungskonzerne bewaffnen Despoten und liefert Kriegswaffen in alle Welt.

*Die Türkei führt mit deutschen Waffen Krieg gegen die kurdische Bevölkerung. Damit wird die Bundesregierung zur Komplizin des Erdogan-Regimes bei der brutalen Unterdrückung der Kurd*innen. Werte wie Menschenrechte, Demokratie und Gleichberechtigung werden mit Füßen getreten.*

Eine von Saudi-Arabien geführte Koalition mordet im Jemen mit deutschen Waffen. Dort sind inzwischen drei von vier Menschen auf Hilfslieferungen angewiesen, Millionen sind vom Hungertod bedroht.

**Kommt zur Demonstration
Samstag, 16. Februar 2019 in München
13:00 Uhr am Stachus**

AKTIONSBÜNDNIS GEGEN DIE NATO-
„SICHERHEITS“KONFERENZ



200 Jahre Karl Marx (Teil VII)

Mehrwertproduktion als verschleierte Ausbeutung

MANUEL KELLNER

Jede Ware muss einen Gebrauchswert haben. Sie muss aber auch einen Tauschwert haben, damit sie von einer Hand in die andere gelangen kann. Eine bestimmte Ware wird zum allgemeinen Gegenwert getauscht. Sie erwirbt damit einen neuen Gebrauchswert als Zahlungsmittel, Mittel der Wertabschätzung und der Schatzbildung.

In der einfachen Warenproduktion bereichert sich normalerweise niemand auf Kosten anderer. Anders sieht das in der entwickelten Warenproduktion aus, in der das Geld zum Kapital geworden ist.

Die Preise bilden sich durch Angebot und Nachfrage vermittelt über die Kaufhandlungen auf dem Markt heraus. Dabei schwanken die Preise um den Wert und pendeln sich auf die entsprechende Höhe ein. Die Höhe des Werts wird durch die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit bestimmt, die zur Produktion der entsprechenden Ware erforderlich ist. Dabei wird die Arbeit nicht als konkrete Arbeit aufgefasst, die ganz bestimmte Produkte hervorbringt, sondern als abstrakte Arbeit, als menschliche Arbeit überhaupt.

Kapital

Kapital ist zunächst einfach eine Geldsumme, die sich vermehrt. Dieses zusätzliche Geld ist der Mehrwert. Beim Wucherkapital geschieht das ganz direkt, indem der Zins dem Schuldner einfach aus der Tasche gezogen wird. Doch auch das Handelskapital vermehrt sich durch Wertübertragung von einer Tasche in die andere, indem Waren billiger eingekauft als verkauft werden. In einer gesamten Nation kann so der Reichtum insgesamt nicht vermehrt werden. In der politischen Ökonomie, der klassischen Volkswirtschaftslehre, wurde deshalb der folgenden Frage nachgegangen: Wie kann es sein, dass sich der Reichtum einzelner und zugleich der Gesamtreichtum einer Nation vermehren kann, auch wenn der Tausch von Waren mit gleichen Werten (Äquivalententausch) vorausgesetzt wird?

Dafür ist eine Klasse von Menschen Voraussetzung, die nichts zu verkaufen haben außer ihrer Arbeitskraft. Diese müssen sie verkaufen, um überleben zu können. Kapitaleigentümer kaufen diese Arbeitskraft und setzen sie in der Produktion ein. Der

Wert der Ware Arbeitskraft entspricht ihren gesellschaftlich gegebenen Reproduktionskosten (Lebenshaltungskosten). Sie wird mit dem Arbeitslohn bezahlt. Die produzierten Waren können vom Kapitaleigentümer ebenfalls zu ihrem Wert verkauft werden. Trotzdem hat er nach diesem Vorgang sein eingesetztes Kapital nicht nur wieder zurückerhalten, sondern vermehrt. Wie kann das geschehen?

Mehrwert

Insofern die Arbeit als konkrete Arbeit betrachtet wird, übertragen die ArbeiterInnen den ganzen Arbeitstag über den Wert der Rohstoffe und Maschinen auf das Endprodukt. Wenn sie aber als abstrakte, wertschöpfende, warenproduzierende Arbeit betrachtet wird, bringt sie laufend neuen Wert hervor.

Einen Teil des Arbeitstags wenden die Beschäftigten dafür auf, den Gegenwert (das Äquivalent) ihres Arbeitslohns zu produzieren: Das ist die notwendige Arbeit. Während des verbliebenen Teils erzeugen sie einen zusätzlichen Wert: Das ist die Mehrarbeit. Aus ihr kommt der Mehrwert, der beim Verkauf der Ware realisiert

werden kann.

Ausbeutung

Den Mehrwert versuchen die Kapitaleigentümer mit zwei verschiedenen Mitteln zu vergrößern. Erstens durch die Verlängerung des Arbeitstags (absoluter Mehrwert) und zweitens durch die Verkürzung der notwendigen Arbeit (relativer Mehrwert). Letzteres erfordert die Erhöhung der Arbeitsproduktivität durch rationellere Arbeitsorganisation, verstärkten Einsatz von Maschinerie und durch technischen Neuerungen. In der kapitalistischen Produktionsweise dreht sich der elementare Klassenkampf daher ebenso sehr um die Arbeitszeit und die Arbeitsbedingungen wie um die Lohnhöhe.

Kapitalistische Ausbeutung ist vielfach verschleiert. Die Beteiligten erscheinen als freie und souveräne Wareneigentümer. Bei Kauf und Verkauf ihrer Waren sollten sie idealistischer Weise nicht geprellt werden. Doch der „Vampirdurst“ des Kapitals nach Mehrwert (Karl Marx) peitscht die kapitalistische Produktionsweise voran und droht, die Menschheit ins Verderben zu treiben. ■



Pappkamerad Marx in Trier, 7. Juli 2018.

Foto: Avanti².

200 Jahre Karl Marx (Teil VIII)

MANUEL KELLNER

Zerstörerische „Reinigungskrisen“ und Zusammenbruch

Vorkapitalistische Wirtschaftskrisen waren Mangelkrisen, weil bestimmte Güter des täglichen Bedarfs zu knapp wurden. Durch die kapitalistische Produktionsweise entstehen Überproduktionskrisen. Bestimmte Güter werden über Bedarf produziert – und können nicht verkauft werden.

Waren- und Geldwirtschaft machen es möglich, dass die große Zahl der einzelnen Transaktionen auf dem Markt zu einem unvorhergesehenen Gesamtergebnis führt, zum Beispiel zu Stockung und Krise.

Ein römischer Kaiser, der betrügerisch mit Blei gefüllte Goldmünzen hatte prägen lassen, wunderte sich anschließend, dass er damit eine mörderische Inflation auslöste. Die Möglichkeit dieser Art von Krisen wurde später noch weiter auf die Spitze getrieben: mit dem Aufkommen des Papiergelds und des Kreditwesens, noch mehr mit dem Ende der Goldbindung von Währungen und erst recht mit dem „digitalen Geld“.

Profit

In der kapitalistischen Produktionsweise ist der Profit das Motiv für die Produktion. Die Konkurrenz der Einzelkapitale treibt die AkteurInnen zu zweierlei Vorgehen. Erstens sind sie bestrebt, den Lohn möglichst niedrig zu halten, und zweitens versuchen sie durch Erhöhung der Arbeitsproduktivität, möglichst viele Kosten zu senken.

Wenn die Realisierung des Mehrwerts (und damit des Profits) immer schwieriger wird, ist der Aufschwung vorbei. Die Märkte stocken, Talfahrt und Krise beginnen. Diese zyklischen Krisen, die seit Beginn der kapitalistischen Produktionsweise regelmäßig auftauchen, haben auch eine „reinigende“ Funktion: Die Großen fressen die Kleinen, die Arbeitskräfte sind billiger zu haben, und das Ganze geht auf erweiterter Stufenleiter mit einem neuerlichen Aufschwung in die nächste Runde. Der Preis dafür ist die Vernichtung von viel Kapital und Gütern, sowie wachsende Erwerbslosigkeit und Verarmung der abhängig Beschäftigten.

Profitrate

Es gibt aber auch eine zeitlich übergreifende Tendenz zum Fallen der Profitrate. Dem kann entgegengewirkt werden: Durch Erhöhung der Mehrwertrate (also durch verstärkte Ausbeutung) und durch Verbilligung der Produktionskosten für Maschinen. Die fallende Tendenz der Profitrate empirisch zu belegen erfordert verwickelte Überlegungen, weil die kapitalistische Ökonomie die von Marx herausgearbeiteten kritischen Kategorien verschleiert. Darum gibt es in der Nachfolge von Marx immer wieder Kontroversen über den tendenziellen Fall der Profitrate.

In unserer Zeit ist die Massenflucht von Kapital in Sphären außerhalb der materiellen Produktion augenfällig. Vor allem nehmen immer mehr abgehobene Spekulationsgeschäfte zu. Diese Entwicklung erhärtet die Diagnose eines langanhaltenden

den Abwärtstrends recht spektakulär. Fortschreitend wird lebendige Arbeit aus dem Produktionsprozess verdrängt, obwohl sie doch die letztlich einzige Quelle von Mehrwert und Profit ist. Dieser Vorgang ist eine Warnung vor den unabsehbaren wirtschaftlichen Katastrophen, die dem Kapitalismus eigen sind.

Antikapitalismus

Der langfristige Trend in Richtung Zusammenbruch wurde historisch immer wieder gestoppt – durch die Entdeckung der kalifornischen Goldvorkommen, durch Kolonialismus und Imperialismus, durch mörderische Weltkriege, zuletzt durch den Untergang des post-stalinistischen Lagers in Osteuropa und Asien.

Letztlich muss die kapitalistische Klassengesellschaft überwunden werden, alleine schon wegen der Plünderung und Zerstörung der Erde. Sonst droht die Rückkehr zu noch mehr Sklaverei und zu Diktaturen, die den bewaffneten Endkampf um die verbliebenen Ressourcen führen. Unsere Alternative ist auch deshalb der globale Sturz der Macht des Kapitals, die sozialistische Weltrevolution. ■



Karl Marx in Trier.

Foto: Avanti².

„Altersarmut ist weiblich“

Das Frauen-Plenum Oberhausen hat eine Broschüre zur gleichnamigen Ausstellung herausgegeben.

PETRA STANIUS

Anlässlich des Internationalen Kampftags der Frauen zeigte das Frauen-Plenum Oberhausen vom 6. März bis zum 12. April 2018 im Technischen Rathaus in Oberhausen-Sterkrade die Ausstellung „Altersarmut ist weiblich“.

Im November 2018 hat die Gruppe eine Broschüre herausgegeben, die Teile der Ausstellung dokumentiert und weitere Informationen zum Thema enthält.

Aus dem Vorwort:

„Altersarmut ist ein Thema, das derzeit – unabhängig vom Geschlecht – viele Menschen beschäftigt: Die Älteren, deren Renten unter dem Existenzminimum liegen; Berufstätige, die auch nach einem langen Arbeitsleben um ihren Lebensstandard bangen müssen; diejenigen, deren Renten absehbar nicht zum Leben reichen werden. Wenn die gesetzliche Rente nicht signifikant gestärkt wird, wird von den heute jungen Menschen ein deutlich größerer Anteil von Armutsrenten betroffen sein als bei den heutigen RentnerInnen.

Warum dann der Titel ‚Altersarmut ist weiblich‘?

Frauen sind überproportional häufig von Altersarmut betroffen. Dies ist kein Zufall.

Es gibt verschiedene Faktoren, die sich negativ auf die Rentenhöhe auswirken. Dass gerade bei Frauen mehrere davon zusammenkommen, ist gesellschaftlich bedingt. Eine Ursache ist die weiterhin übliche Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern, die Frauen die unbezahlte Familienarbeit zuweist. Eine andere ist die Unterbewertung so genannter Frauenberufe und die Lohnlücke zwischen den Geschlechtern sogar bei gleichen Aufgaben. Noch immer wirken Geschlechterbilder in den Köpfen, die für Frauen handfeste Nachteile zur Folge haben.

Mit unserer Ausstellung und dieser gleichnamigen Broschüre wollen wir die Zusammenhänge sichtbar machen. Wir benennen Punkte, an denen Veränderung ansetzen muss, um Frauen vor Altersarmut zu bewahren.

Wir alle können hier Einfluss nehmen: Auf die eigene Lebensplanung, aber auch in den Gewerkschaften und auf die Politik. Und letzteres nicht nur bei Wahlen.

Altersarmut ist kein Naturgesetz. Es ist möglich, die Weichen umzustellen – je eher, desto besser.“

Die Broschüre ist kostenlos und liegt an

verschiedenen Stellen aus: so in den Gewerkschaftshäusern in Oberhausen (bei ver.di) und Essen (bei der IG BAU), im Fairen Laden und im Linken Zentrum. Auch über die ISO Oberhausen könnt ihr sie auf Nachfrage bekommen. ■



Internationaler Frauen*kampftag 2019: Nicht arbeiten – raus auf die Straße!

Zum dritten Mal in Folge findet am 8. März ein internationaler Frauen*streik statt. In diesem Jahr rufen zum ersten Mal auch in Deutschland zahlreiche Organisationen, Gruppen und Initiativen Frauen* auf, sich zu beteiligen.

PETRA STANIUS

Anders als etwa im Spanischen Staat, ist hier mit Streikaufrufen der Gewerkschaften und offener Arbeitsverweigerung in den Betrieben eher nicht zu rechnen. Aber spannend wird der Frauen*streik dennoch.

Der feministische Streik zielt auf die

Verweigerung jeder Art von Arbeit ab – nicht nur der Lohnarbeit. So soll nicht zuletzt die unbezahlte Arbeit bestreikt werden, die immer noch zum weit überwiegenden Teil von Frauen verrichtet wird. Der erweiterte Arbeitsbegriff ist ein wichtiger Punkt, der den Frauen*streik

von anderen Streikaktionen unterscheidet.

Ohne die weit überwiegend von Frauen geleistete unbezahlte Reproduktionsarbeit würde es auch keine Produktion geben. Ob Hausarbeit, Sorge für Kinder, Pflege von Angehörigen ... – die kapitalistische Gesellschaft könnte ohne diese

Arbeit nicht existieren. Sie verdrängt sie aber ins Unsichtbare. Das soll am 8. März 2019 anders sein.

Unbezahlte Arbeit umverteilen

Wie wichtig Sorge- und Hausarbeit ist, wird sofort spürbar, wenn sie einmal nicht getan wird. Oder wenn sie jemand anderes tun muss, der damit sonst nicht behelligt wird.

Oft ist die unbezahlte weibliche Arbeit so unentbehrlich, dass sie auch am 8. März getan werden muss, da ansonsten anderen Menschen ernsthafter Schaden droht. Oder frau streikt – und am nächsten Tag wartet die doppelte Menge an Hausarbeit auf sie.

Damit weder das eine noch das andere geschieht, stellt sich eine weitere Frage, die bei betrieblichen Streiks in dieser Form nicht aufkommt: die Frage nach der – möglichst dauerhaften – Umverteilung von Arbeit. Wer kann sie übernehmen, wenn die Frauen* streiken? Und ist es nicht möglich, Sorge- und Hausarbeit auch nach dem 8. März so zu organisieren, dass Frauen* dauerhaft entlastet werden?

Auch Schulen und Universitäten geraten in den Blick: als Institutionen, die Ungleichheit und stereotype Geschlechterrollen reproduzieren. Mehr Mädchen als Jungen haben einen hohen Bildungsabschluss. Doch dann folgt die geschlechtliche Trennung nach „Männer“- und „Frauen“-Berufen. Und es gibt eine gläserne Decke, auch in den Universitäten, die das berufliche Weiterkommen von Frauen* verhindert.

Lohnarbeit verweigern

Bundesweit rufen Frauen*streikbündnisse auch zur Verweigerung der weiblichen Lohnarbeit auf, die immer noch überwiegend unterbezahlt und unterbewertet ist. Die Verweigerung kann ein tatsächlicher Streik sein, muss es aber nicht. Frauen* werden an diesem Tag verschiedene Möglichkeiten nutzen, um keine Lohnarbeit leisten zu müssen.

Viele erwarten von den Gewerkschaften, dass sie einen Streikaufruf unterstützen. Soweit es aber um nicht tarifierbare Forderungen geht – und das wird auf die meisten zutreffen – würde es sich um einen so genannten politischen Streik handeln. Politische Streiks sind in Deutschland jedoch angeblich verboten. Tatsächlich existiert aber kein Gesetz mit diesem Inhalt. Es gibt nur ein Gerichtsurteil aus dem Jahr 1952, das seitdem als „herrschende Meinung“ gilt. Und auch nach diesem Urteil hat es hier Streiks für politische Forderungen gegeben. So zum Beispiel 1996, wo die geplante Kürzung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall

auf diese Weise abgewehrt worden ist. Mit anderen Worten: Ob ein politischer Streik Sanktionen nach sich zieht oder nicht, ist eine Frage des Kräfteverhältnisses. Es ist ein Verdienst der Frauen*streikbündnisse, dass dieses Thema aktuell wieder diskutiert wird.

*„Doppelt sag ich
es muß die Frau sich revoltirn
nicht nur dagegen was
die Oberen sich
anmaassen auf die Untren
sondern auch
was an Herrschaft thätig ist
im sogenannten Schosse
der Familie . . .“
aus Peter Weiss, Hölderlin*

Sind wir so viele und haben damit die gesellschaftliche Macht, dass wir für politische Forderungen streiken können, ohne unsere Arbeitsplätze zu gefährden – und nicht zuletzt auch die Arbeitsplätze derjenigen, die unserem Streikaufruf folgen? Ohne die aktive Beteiligung der großen (DGB-)Gewerkschaften werden wir diese Macht nicht bekommen.

Was tun?

Es funktioniert nicht, an „die Gewerkschaften“ zu appellieren, dass sie ihre Mitglieder zum Streik aufrufen sollen. Oder sie von außen so unter Druck zu setzen, dass sie den Streik unterstützen müssen.

Nur eine breite Basis in den Gewerkschaften selbst kann die Stärke entwickeln, die nötig ist, um hier die Machtfrage zu stellen und ein umfassendes Streikrecht politisch durchzusetzen.

So sind die verschiedenen Solidaritätserklärungen von ver.di und der GEW und ihre

Aufrufe zur Teilnahme an Frauen*streikaktionen aktiven Mitgliedern dieser Gewerkschaften zu verdanken. Sie haben ihre Sympathie und ihre Begeisterung für den Frauen*streik in ihre Gewerkschaften hineingetragen und damit bei ihren Kolleginnen offenkundig einen Nerv getroffen.

In weiten Teilen Deutschlands beziehen sich ganz unterschiedliche Frauen* gemeinsam auf dieselben Ziele und dieselben Symbole. Eine Bewegung, die vor mehr als fünf Jahren ganz klein begann, hat nun Ansätze von Strukturen gebildet. Dieses neu Entstandene, noch Fragile, gilt es zu erhalten und aufzubauen, damit wir mit der Zeit stärker werden. Um morgen so machtvoll zu sein, dass tatsächlich die Welt still steht, weil wir streiken.

Was tun!

Heute schon können wir uns gemeinsam gegen die aktuellen Angriffe auf unsere erkämpften Rechte wehren und unsere berechtigten Forderungen stellen – und das nicht nur zum 8. März.

Überdies ist der Frauen*streik mit seinem klar internationalistischen und antirassistischen Profil ein lebhafter Ausdruck internationaler Solidarität.

Der Frauen*streiktag selbst bietet zahlreiche Möglichkeiten, sich zu beteiligen, mit den unterschiedlichsten Formen der Arbeitsverweigerung und des Protests. Auf der bundesweiten Website www.frauenstreik.org findet ihr neben dem Aufruf viele Ideen und Infos dazu.

Frauen und Queers* auf der ganzen Welt rufen: Wir streiken!

Schließt euch an! ■



Veranstaltung: „Der marktgerechte Patient“

Donnerstag, 07.03.19, 19:00 Uhr:
 Filmveranstaltung des Solidarische Gesellschaft e.V.
 Fabrik K14, Lothringer Str. 64
 Eintritt frei!

Seit der Umstellung der Krankenhausfinanzierung auf sogenannte Fallpauschalen steht für deutsche Kliniken nicht mehr der kranke Mensch, sondern der Erlös aus seiner Behandlung im Vordergrund. Der Film deckt die gefährlichen Auswirkungen dieser Ökonomisierung auf Patienten und Klinikbeschäftigte auf.

Ein „FILM VON UNTEN“ von Leslie Franke und Herdolor Lorenz, 82 Min.

„Krank aus der Klinik“ – so oder ähnlich lauten die Titel zahlloser alarmierender Berichte aus deutschen Krankenhäusern. Erstaunlicherweise fehlt dabei aber fast immer der Bezug auf die wesentliche Ursache dieser Zustände: die seit 2003 verbindliche Vergütung der Krankenhäuser durch sogenannte Fallpauschalen. Wer mit möglichst geringen Kosten den Patienten schnell abfertigt, macht seitdem Gewinn; wer sich auf die Patienten einlässt, macht Verluste.

Die Einführung der Fallpauschalen war der entscheidende Schritt zur Kommerzialisierung der Krankenhäuser, die bis dahin vom Gedanken der Empathie und Fürsorge getragen

wurden. Viele Ärztinnen und Pflegerinnen können in diesem System nicht mehr arbeiten, ohne selbst krank zu werden.

Im Anschluss an den Film besteht die Möglichkeit zur Diskussion.

Weitere Infos zum Film: www.der-marktgerechte-patient.org

Zum Veranstalter:

Der Verein Solidarische Gesellschaft (SoG) e.V. hat sich im Jahr 2018 gegründet. Zweck des gemeinnützigen Vereins ist die Förderung der Volks- und Berufsbildung, der Kunst und Kultur, der internationalen Gesinnung und des bürgerschaftlichen Engagements. Hierzu organisiert der Verein unter anderem Bildungsangebote. Mit der Filmveranstaltung geht der SoG e.V. zum ersten Mal an die Öffentlichkeit. ■

ISO/IV. Internationale

Wer wir sind und was wir wollen

Die Internationale Sozialistische Organisation (ISO) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert die ISO alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Sie unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Sie setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Sie fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel der ISO ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen. ■

TERMINE (weitere Infos bei der ISO Oberhausen)

- MO, 25.02.19, 18:00 Uhr, Treffen vom Aktionskreis gegen Unternehmerwillkür (AKUWILL), Gewerkschaftshaus, Teichstr. 4a, Essen
- DO, 07.03.19, 19:00 Uhr, Filmveranstaltung des Solidarische Gesellschaft (SoG) e.V.: „Der marktgerechte Patient“, Fabrik K14, Oberhausen
- FR, 08.03.19, Internationaler Kampf- und Streiktag der Frauen & Queers: siehe auch die Termin-Beilage.
- SA, 09.03.19, NRW-weite Frauen*streikdemo (Infos folgen)
- MO, 11.03.19, 18:00 Uhr, Treffen vom Essener Bündnis für mehr Personal im Krankenhaus, u. a. zur aktuellen Ausbildungssituation, Gewerkschaftshaus (Raum K2), Teichstr. 4a, Essen

Vorschau

- DI, 02.04.19, 19:00 Uhr, K14, Veranstaltung mit Ismail Küpeli: Buchvorstellung „Kampf um Rojava, Kampf um die Türkei“ und Diskussion zur aktuellen Situation in der Türkei und in Kurdistan nach den Kommunalwahlen vom 31.03.19.

Impressum + Redaktion:

ISO Oberhausen & Freund*innen
 V.i.S.d.P.: ISO, 68026 Mannheim

Fon: +49 (0) 208 / 768 422 46
 Email: info@iso-4-oberhausen.de
 Web: www.iso-4-oberhausen.de

Kontakt:

ISO / IV. Internationale Oberhausen
 Postfach 10 01 25
 D-46001 Oberhausen

